

Schluss mit Lagerdenken

Von Josef Feldner



**Wir sitzen alle
im selben Boot!**

Die neue Bundesregierung unter Christian Kern ist erst wenige Wochen alt und schon gibt es in der Flüchtlingsfrage, aber auch in anderen wichtigen Themenbereichen, heftigen Streit in der Regierung und nicht genug damit auch noch Flügelkämpfe innerhalb der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP. Dazu kommt, dass noch so gute Initiativen, auch wenn diese auf erkennbar breite Zustimmung in der Bevölkerung stoßen, vom politischen Gegner, ganz besonders von der Opposition, abgelehnt werden, nur weil diese nicht aus dem eigenen Lager kommen.

So darf es nicht weitergehen! Nur gemeinsam kann rauer See getrotzt werden

Unsere Volksvertreter werden endlich Gemeinnutz vor Eigennutz stellen müssen. Aus unserer überparteilichen österreichpatriotischer Sicht steht für uns alle, insbesondere in der hochbrisanten Flüchtlingsfrage sehr viel am Spiel und es wird

dabei darum gehen, wer die Interessen Österreichs und seiner Menschen über parteipolitische und ideologische Prinzipien hinweg am besten vertritt.

Wir Österreicher sitzen alle im selben schwankenden Boot, das – zugegeben – überwiegend von außen gesteuert wird. Es liegt an Regierung und Opposition gleichermaßen bei aufkommendem Sturm gemeinsam gegenzusteuern.

Je stärker der Zusammenhalt ist, je weniger gestritten wird, desto größer ist die Chance, das Boot Österreich in einen gesicherten Hafen mit Lebensqualität und guten Zukunftsaussichten für alle zu landen.

Wegen „Österreich zuerst“, Attacke der BILD-Zeitung gegen „die Hälfte des Landes“

„Nichts ist gut in Österreich“

Der angeblich im Präsidentenwahlkampf gebrauchte Slogan „Österreich zuerst“ wurde von einem Kommentator der deutschen BILD-ZEITUNG am Tag nach der Präsidentenwahl unter dem Titel „Nichts ist gut in Österreich“ scharf verurteilt. Wörtlich heißt es dort:

„Nichts ist gut in Österreich. Die Hälfte des Landes hat für einen Mann gestimmt, dessen Politik sich auf den Satz reimt: ‚Österreich zuerst‘. Würde man einmal einem deutschen Präsidentschaftskandidaten ‚Deutschland zuerst‘ in den Mund legen, dann wäre nicht nur hier im Land der Teufel los, zu Recht.“

Offenkundig meint der BILD-Kolumnist, dass es rassistisch und fremdenfeindlich ist, wenn Österreich und Deutschland die Interessen des eigenen Landes an die Spitze stellen.

**Zweierlei Maß:
„Slowakei zuerst“ befindet sich nicht im Fadenkreuz der BILD-Kommentatoren.**



„Slowakei zuerst“ Der sozialistische Ministerpräsident Robert Fico bei einer Parteiveranstaltung.

Während somit BILD als größte deutsche Tageszeitung den „kleinen Bruder“ Österreich wegen angeblich nationalistischer Tendenzen prügelt, wird andererseits gegenüber der Slowakei vornehme Zurückhaltung geübt.

Das, obwohl der sozialistische Ministerpräsident des EU-Landes Slowakei, Robert Fico, in der Flüchtlingspolitik offen nach dem Prinzip „Slowakei zuerst“ handelt und öffentlich erklärt, dass sein Land „keinen muslimischen Flüchtling“ aufnehmen werde.

Wohl weil die Slowakei mit 1. Juli den EU-Vorsitz übernimmt, wurde der Sozialist Robert Fico auch vom Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker kürzlich bei einem Empfang in Brüssel mit Samthandschuhen angefasst. Und es gab auch keine Schelte, geschweige denn einen Aufschrei, als Fico unmissverständlich erklärte, dass die Slowakei keineswegs daran denke ihre „nationalen Positionen“ aufzugeben.

Es gibt keine Pflicht zur nationalen Selbstaufgabe!

Während somit anderen EU-Staaten ganz selbstverständlich eingeräumt wird, „nationalen Positionen“ – leider oft auch dann, wenn diese nicht solidarisch sind – Vorrang zu ge-

ben, soll es Österreich nicht gestattet sein, ebenso „nationale Positionen“ zu vertreten. **Damit muss endlich Schluss sein.**

Wir Österreicher dürfen uns nicht länger widerstandslos als Nazis und Fremdenfeinde beschimpfen lassen, nur weil wir uns Sorgen um unsere eigene Zukunft machen. So wie es weltweit für jeden Menschen selbstverständlich ist, die eigenen Interessen und die Interessen seiner Familie vorrangig zu vertreten, so muss es auch jedem Volk gestattet sein, den eigenen staatlichen Interessen den Vorrang einzuräumen.

Österreich hat 2015 fast 100.000 Flüchtlinge aufgenommen. Das sollte endlich gewürdigt werden.



Tausende Wiener hießen im Herbst 2015 am Westbahnhof angekommene Flüchtlinge willkommen. Andere EU-Staaten, wie etwa die Slowakei, lehnen die Aufnahme von Flüchtlingen weitestgehend ab.

Österreich lebt in Frieden mit seinen Nachbarn. Mit der Aufnahme von annähernd 100.000 Flüchtlingen hat sich Österreich im vergangenen Jahr als ein bis an seine Grenzen gehendes Vorbild innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft erwiesen. Die überwältigende Mehrheit seiner Bürger lehnt Gewalt, nationale Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit ab. Das ist evident.

Aber eine ebensolche Mehrheit will die Zukunft ihres Landes selbst mitbestimmen können und spricht sich entschieden gegen jegliche Form von Fremdbestimmung aus.

Die Politik hat unsere nationalen Interessen vorrangig zu vertreten

Der parteiunabhängige Kärntner Heimatdienst hat in den vergangenen 10 Jahren mit seinem Weg der Versöhnung und der Verständigung erfolgreich Heimatdienst geleistet und wir sehen es nicht als Widerspruch, sondern ganz im Gegenteil als unsere Verpflichtung und als Forderung an die Politik an, die Interessen des eigenen Landes und seiner Menschen ohne nationalistische Rücksichtslosigkeit nach außen an die Spitze zu stellen. Heute und in Zukunft!



KHD: 10 Jahre Arbeit in der Konsensgruppe für Versöhnung und Verständigung

Gegensätze im Dialog überwinden

Eine JUBILÄUMSSCHRIFT soll noch Ende dieses Jahres erscheinen

Die Mitglieder der Kärntner Konsensgruppe verpflichteten sich am 9. Oktober 2006 im historischen Klagenfurter Landhaushof in Anwesenheit höchster Repräsentanten aus Politik, Kirche, Militär und Wirtschaft gemeinsam an der Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens zu arbeiten.

Nach Jahrzehnte langer Konfrontation mit der Kärntner Slowenenführung gab es 2005 mit dem Ortstafelkompromiss die Initialzündung für eine Streitbeilegung.

Am 9. Oktober 2006 verpflichtete sich die deutsch-slowenische Kärntner Konsensgruppe, in der auch der KHD vertreten ist, in einer „Feierlichen Erklärung“ gemeinsam an der Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens in Kärnten zu arbeiten.

Neben der erfolgreichen Arbeit an der Beseitigung von

Barrieren zwischen Deutschkärntnern und Slowenischkärntnern war auch die Überwindung von parteipolitischen Gegensätzen in beide Seiten berührenden Angelegenheiten ein wichtiges Ziel in diesem Versöhnungs- und Verständigungsprozess.

In einer bis Jahresende erscheinenden Jubiläumsschrift soll dieser oft steinige Weg nachverfolgt und aufgezeigt werden, auf welche Weise historisch bedingtem Misstrauen, tief wurzelnden Aversionen begegnet wurde und wie es gelingen konnte Gegensätze zu überwinden.

Begegnung mit Respekt

Der folgende Beitrag wurde am 31. Mai in der KLEINEN ZEITUNG vollinhaltlich als LESERBRIEF abgedruckt

Der Vorwurf des Leserbriefschreibers an Chefredakteur Hubert Patterer, in seiner Berichterstattung nicht neutral zu sein, weil in der Kleinen Zeitung auch Exponenten der FPÖ zu Wort kommen, ist absurd.

„Neutrale Berichterstattung“ erfordert ganz im Gegenteil zwingend die Akzeptanz von Meinungsvielfalt über ideologische Schranken hinweg und den Respekt auch vor der zur eigenen Meinung konträren Meinung des Anderen innerhalb unseres Verfassungsbogens.

Diesem Grundsatz Rechnung tragend, hat die Kleine Zeitung – wie übrigens auch die Tageszeitung „Die Presse“ – der Meinung des Andreas Mölzer unkommentiert Raum gegeben.

Wenn Mölzer in seinem Beitrag gegen Ausgrenzung und für Versöhnung auftritt und sich zu einem „Prozess des Dialogs und des Aufeinanderzugehens“ bekennt, dann darf er sich auf keinen Geringeren als Papst Franziskus berufen, der vor wenigen Wochen beim Empfang des Karlspreises zu einem allseitigen Dialog „bis zur Erschöpfung“ aufgerufen hat.

Andreas Mölzer ist seit vielen Jahren im Vorstand des Kärntner Heimatdienstes, dessen Mitglieder aus unterschiedlichen parteipolitischen Lagern mit unterschiedlichen politischen Standpunkten kommen. Er hat als KHD-Vorstandsmit-

glied den Ortstafelkompromiss mit der Kärntner Slowenenführung – oft auch gegen den Widerstand seiner freiheitlichen Parteifreunde von Anfang an mitgetragen und sich in einem Grußwort an die Kärntner Konsensgruppe „aus tiefster Überzeugung für den Weg des Dialogs in Kärnten“ ausgesprochen. Als Mitverfasser des neuen KHD-Vereinsprogramms tritt Mölzer für ein „gemeinsames Heimatbewusstsein aller Kärntner über sprachliche Unterschiede hinweg“ ein.

Demokratie braucht Pluralität als unverzichtbaren Nährboden und braucht somit auch eine wertgeschätzte politische Vielfalt. Wenn es Links gibt, muss folgerichtig auch Rechts Existenzberechtigung haben mit von beiden Seiten zu beachtenden Regeln innerhalb unseres Verfassungsbogens als Korrektiv.

Wird das als demokratisches Grundprinzip anerkannt, dann steht einer Begegnung mit Respekt, einem Aufeinanderzugehen, auch bei unterschiedlicher Zielsetzung, nichts entgegen.

Das sollte oberste Maxime aller Machthaber und deren Anhänger im politischen Leben unseres Landes sein.

Dr. Josef Feldner, Obmann Kärntner Heimatdienst und Mitglied der Kärntner Konsensgruppe

Gemeinsames Gedenken als Mahnung



Von links: Botschafter Clemens Kojka, Landtagspräsident Rudolf Schober, CR a.D. Heinz Stritzl, Altbürgermeister Othmar Mory, KHD-Obmann Josef Feldner, ZSO-Obmann Marjan Sturm, Präsident Gerd Ebner und KHD-Obmann-Stv. Franz Jordan.

Seit 1990 findet über Initiative des Jahr für Jahr zum Christi Himmelfahrtstag in Leše/Liescha (Slowenien) eine schlichte Gedenkfeier für die unmittelbar nach Kriegsende von Titopartisanen verschleppten und ermordeten Kärntner Zivilpersonen statt. Die Initiative hierfür ging vom Bleiburger Altbürgermeister **Othmar Mory** aus, dessen Eltern ebenfalls Opfer der grausamen Racheaktionen geworden sind.

Im Mai 2009 nahm erstmals der Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen **Marjan Sturm** am Opfergedenken teil. Auch die Tatsache, dass der Kärntner Slowene, **Dechant Ivan Olip** alljährlich die Gedenkmesse gestaltet, wertet das Gedenken, das im Zeichen von Friede und Versöhnung steht, als gemeinsames Opfergedenken auf.

Vergeben, aber nicht vergessen

So lautet der Titel eines von **Heinz Stritzl**, Mitglied der Kärntner Konsensgruppe in der KLEINEN ZEITUNG veröffentlichten Berichts.



Die Gedenkfeier begann mit einer Kranzniederlegung beim vom Schwarzen Kreuz, LV Kärnten, errichteten Gedenkkreuz an jener Stelle im Wald in dem ein großer Teil der Verschleppten aber auch Zivilisten aus Slowenien ermordet und wie Müll verscharrt wurden. An dieses schreckliche Unrecht erinnerte der Kärntner Präsident des Schwarzen Kreuzes **Gerd Ebner**.

Das Gedenken wurde sodann traditionell an der vom Kärntner Heimatdienst errichteten Gedenkstätte bei der Kirche von Liescha fortgesetzt.

KHD-Obmann-Stellvertreter **Franz Jordan** konnte zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Kirchen und Vereinsleben begrüßen, mit Österreichs Botschafter in Laibach, **Clemens Kojka**, dem Zweiten Landtagspräsidenten **Rudolf Schober** und Altbürgermeister **Othmar Mory** an der Spitze. Weiters die

Mitglieder der Kärntner Konsensgruppe **Josef Feldner**, **Marjan Sturm** und **Heinz Stritzl**.



Gedenkgottesdienst für alle Opfer

Beim von Dechant **Ivan Olip** zelebrierten Gedenkgottesdienst wurde auch der ermordeten Zivilpersonen aus Slowenien gedacht. Der Gottesdienst stand ganz im Zeichen von Frieden und Versöhnung.

Umrahmt wurde die beeindruckende Feierstunde vom **Doppelquintett Griffen** unter der Leitung von **Gerti Proßegger** und vom **Bläserquartett aus Neumarkt** mit **Gotthard Seidl**.



DOKUMENTATION

Im Anschluss an den Bericht über die diesjährige Gedenkveranstaltung in Liescha veröffentlichen wir die dort vom Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen, **Marjan Sturm** und vom Obmann des Kärntner Heimatdienstes **Josef Feldner** gehaltenen Reden vollinhaltlich. Die Reden der beiden Mitglieder der Kärntner Konsensgruppe und Pioniere eines Gemeinsamen Opfergedenkens enthalten Aussagen von grundsätzlicher Bedeutung. Wir würden uns über **Rückmeldungen** aus dem Kreis unserer Leser sehr freuen.



Marjan Sturm: „Ich verneige mich vor den Opfern der Rachepolitik“

Meine sehr geehrten Damen
und Herren!
Spoštovane dame in gospodje!

Ich möchte Ihnen heute eine
kleine – für mich sehr bewegende –

Geschichte erzählen. Vor drei Wochen war ich in Dresden und habe mir die wiedererrichtete Frauenkirche angesehen.

Sie wissen, dass Dresden im Februar 1945 von der britischen Luftwaffe bombardiert wurde, dabei wichtige Gebäude, darunter auch die Frauenkirche zerstört und dem Erdboden gleichgemacht worden sind. An zwei Tagen starben über 30.000 Menschen, vorwiegend Zivilisten

Die Bombardierung der Zivilbevölkerung wurde im II. Weltkrieg zu einem hervorstechenden Merkmal imperialistischer Kriegsführung. Als Reaktion auf den Bombenterror

der Nazis setzten auch die US-amerikanischen und britischen Militärs in immer stärkerem Maße auf dieses Vorgehen. Zwei traurige Höhepunkte stellten die Zerstörung Magdeburgs und Dresdens 1945 dar. Trotz des gewaltigen Kräfteeinsatzes wird die kriegsentscheidende Wirkung des anglo-amerikanischen Bombenkrieges am Ende des Krieges von einigen Fachleuten bezweifelt.

Bei der Führung durch die Frauenkirche wurde mir erklärt, wie der Wiederaufbau von statten gegangen ist. 100 Millionen Euro wurden weltweit an freiwilligen Spenden gesammelt und 80 Millionen Euro kamen von der öffentlichen Hand.

Die Symbolik des Wiederaufbaues war für mich sehr beeindruckend. Das Kreuz auf der Kirche spendete ein Künstler aus England, dessen Vater Pilot eines britischen Bombers gewesen ist. Das Kreuz auf dem Altar im Inneren der Frauenkirche spendete Coventry, jene Stadt in England, die von den deutschen Bombern im November 1940 bombardiert wurde. Dabei fanden über 1200 Zivilisten den Tod. Eine künstlerisch gestaltete Vase für die Frauenkirche spendeten polnische Widerstandskämpfer, die im Zweiten Weltkrieg hier gegen die Nazis gekämpft und viele Opfer zu beklagen hatten.

Bei der Wiedereröffnung der Frauenkirche waren hohe Repräsentanten des englischen Königshauses ebenso anwesend, wie die polnischen Widerstandskämpfer und viele andere.

Bei der Führung durch die Kirche wurde immer wieder die Friedens- und Versöhnungssymbolik hervorgehoben. Es wurde nichts unter den Teppich gekehrt, weder der verbrecherische Charakter des nationalsozialistischen Regimes, noch die Racheaktionen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Es geht nicht um Aufrechnung, sondern um das Annehmen der Geschichte in all ihrer Komplexität und Widersprüchlichkeit mit der Zielsetzung, Frieden und Versöhnung zu fördern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir gedenken heute hier in Leše an das Schicksal der Verschleppten, die auch Opfer von unkontrollierter Rache geworden sind.

Ich habe in den letzten Jahren viel gelernt. Aus einer Opferfamilie kommend, habe ich das Schicksal der hier Begrauben und Ermordeten allzu leichtfertig ignoriert. Erst im Zuge des Konsens- und Dialogprozesses habe ich gelernt, mich auch in die andere Seite hineinzudenken und damit ein viel komplexeres Geschichtsbild zu entwickeln. Ich bin heute überzeugt davon, dass nur so eine wirkliche Versöhnung möglich ist und dass gerade darin das Wesen einer aufrichtigen Erinnerungsarbeit begründet liegt.

In diesem Sinne verneige ich mich vor den Opfern der Rachepolitik und ziehe daraus den Schluss, dass wir mit solchen Veranstaltungen auch ein wenig dazu beitragen, den Geist der Toleranz und des gegenseitigen Respekts zu verstärken, um so resistenter zu werden vor Intoleranz und antidemokratischer Agitation.



Josef Feldner: „Zeigen wir Respekt auch gegenüber ideologisch Andersdenkenden“

Meine Damen und Herren!

Der mörderische Krieg mit fürchterlichen Verbrechen eines Wahnsinnsregimes gegen schuldlose Men-

schen, getötet aus rassistischen oder politischen Gründen war erst wenige Tage zu Ende, als abermals unschuldige Menschen Opfer von blinder, diesmal titokommunistischer Gewaltjustiz geworden sind.

Jahrzehnte hindurch ist es uns verwehrt gewesen, auch jener Nachkriegsopfer zu gedenken – Kärntner Zivilpersonen wie auch Slowenen – die hier auf grauenhafte Weise umgebracht und wenige Hundert Meter – von hier entfernt im Wald wie Abfall verscharrt wurden.

Diese bedauernswerten Menschen wurden Opfer von Hass, der nicht unterscheidet zwischen Schuld und Unschuld, der an die Stelle von Recht und Gerechtigkeit Kollektivschuld und Sippenhaftung setzt, der die Augen vor dem Leid der Menschen verschließt und der die Herzen verhärtet.

Aber wir sind heute nicht zusammengekommen, um auf Hass mit neuem Hass zu reagieren und wir sind auch nicht gekommen um Sühne zu fordern.

Wenn die Menschheit aus den Kriegen nichts gelernt hat, wie unzählige Brandherde weltweit zeigen, wenn wenige Flugstunden von uns entfernt, die Terrormiliz Islamischer Staat unvermindert mordet, dann sind wir umso mehr verpflichtet, das Gemeinsame in unserer engeren Heimat zu festigen und über die Grenze hinweg das Trennende aus einer leidvollen Vergangenheit zu überwinden.

Mit dem gemeinsamen Gedenken an den jeweiligen Gedenkstätten der Opfer des Nationalsozialismus, wie an jenen der Partisanenopfer, haben wir die Mauer eingerissen, die auch uns die Sicht für das Leid der anderssprachigen Mitbürger verdeckt hat.

Aber noch ist dieses Denken nicht Allgemeingut in Kärnten geworden. Noch ist verständigungsfeindliches Schwarz-Weiß-Denken weit verbreitet.

Dennoch: Noch nicht annähernd abschätzbare Probleme, die Europa drohen, sei es durch eine aus dem Ruder laufende Globalisierung oder durch unkontrollierte Massenzuwanderung von Millionen nach Europa drängenden nicht von Verfolgung bedrohten Wirtschaftsflüchtlingen, zwingt uns, in unserer Heimat noch enger zusammenzurücken.

Es liegt an uns, einen anachronistisch gewordenen Sprachenstreit endgültig zu überwinden und selbstbewusst unsere gemeinsame Kultur in allen ihren in Jahrhunderten gewachsenen sprachlichen und kulturellen Facetten zu leben.

Wenn heute anscheinend unaufhaltsam alte Strukturen zerbrechen, neue Bewegungen entstehen und damit auch leider neue Formen von Radikalisierung drohen, dann müssen wir uns den Herausforderungen stellen und aufkeimenden Streit mit Kraft entgegenwirken.

Das erfordert die Bereitschaft zum Neudenken, zum allmählichen Überwinden eines uns noch fest umklammernden fortschritthemmenden verständigungsfeindlichen Lagerdenkens.

Zeigen wir Respekt auch gegenüber ideologisch Andersdenkenden im Rahmen unseres Verfassungsbogens, scheuen wir uns nicht vor einem Dialog mit Gegnern und führen wir – besonders aktuell – auch den interkulturellen Dialog mit in unser Land aufgenommenen Zuwanderern, ohne damit unsere eigene Identität aufzugeben.

Das Gemeinsame Opfergedenken, wie wir das seit Jahren in der Kärntner Konsensgruppe und auch heute hier in Liescha zeigen, schließt bereits ein gewisses Umdenken mit Mitgefühl auch für das Leid der Anderen ein.

So könnte unser heutiges Zusammentreffen auch über das Opfergedenken hinaus beispielgebend für das Bemühen um eine friedliche Zukunft unserer Heimat und unserer Region sein.“

KHD überweist 15.000 Euro Basisförderung

Heimatsdienst als Nothelfer für Deutsche Kulturvereine in Slowenien



Von links: Veronika Haring, Vorsitzende Frauen Brücken, Landesamtsdirektor a.D. DDR. Karl Anderwald, Obmann Dr. Josef Feldner, Botschafter Dr. Clemens Koja, Jugendobmann Christian Lautischer, Obmann des Gottscheer Altsiedlerverbandes DI August Gril und Verbandsobmann sowie Obmann des Internationalen Vereins Freiheitsbrücke RA Ludvik Kolnik. Foto: fritzpress

- Neben der Basisförderung von 15.000 Euro für 2016 will der KHD auch gemeinsame Kulturveranstaltungen mit slowenischen Gruppen fördern, die zum friedlichen Miteinander und damit zur stärkeren Akzeptanz der Deutschen Volksgruppe in Slowenien beitragen.
- Der Kärntner Heimatsdienst beharrt auf seiner Forderung nach einer Erhöhung der staatlichen Subventionen an die deutschsprachigen Kulturvereine in Slowenien, die derzeit ohne „Nothilfe“ aus dem Bereich der Zivilgesellschaft nicht überleben könnten
- Unabhängig davon hält der Kärntner Heimatsdienst an der Forderung nach verfassungsrechtlicher Anerkennung fest.

Seit 2006 hat der KHD die Deutschen Kulturvereine bereits mit 120.000 Euro unterstützt

Im Anschluss an eine Sitzung des Verbandes der Deutschsprachigen Kulturvereine in Marburg, kündigte KHD-Obmann Josef Feldner in Anwesenheit des Österreichischen Botschafters Clemens Koja an, die Marburger Vereine Frauen Brücken und Freiheitsbrücke, den Gottscheer Altsiedlerverein, den Deutschsprachigen Kulturverein Cilli an der Sann sowie den Kulturverein der Deutschsprachigen Jugend in Laibach mit je 3.000 Euro, somit insgesamt mit 15.000 Euro Basissubvention zu unterstützen.

Dank der Unterstützung durch zahlreiche private Förderer und aus seinen eigenen Rücklagen konnte der KHD in den vergangenen 10 Jahren die Deutschen Kulturvereine in Slo-

wenien mit insgesamt 120.000 Euro fördern und damit einen wesentlichen Beitrag zu deren Existenzsicherung leisten.

Feldner appellierte an die Vorsitzenden der Kulturvereine,



Slowenisches Klarinettenquartett aus Laibach beim gemeinsamen Auftritt mit Cantate Domino Chor aus der Gottschee im vergangenen Herbst beim „Treffen der Kulturen“ in Laibach.



in gemeinsamen Kulturveranstaltungen mit slowenischen Gruppen zum Abbau von historisch bedingten Ängsten und Aversionen beizutragen. Auch dazu will der KHD im Rahmen seiner Möglichkeiten finanzielle Hilfe leisten.

„Je besser es den Exponenten der Deutschen Volksgruppe gelingt, mit Sympathiewerbung innerhalb des slowenischen Mehrheitsvolkes Vertrauen zu schaffen, desto größer ist die Chance nach Erfüllung eurer legitimen Forderungen“ betonte Feldner gegenüber den Vorsitzenden der Kulturvereine. Und Feldner fügte an: „Ich kann euch versprechen, dass euch der

KHD nie in Stich lassen und weiterhin engagiert eure berechtigten Interessen, von einer drastischen Erhöhung der staatlichen Förderung bis hin zur verfassungsrechtlichen Anerkennung, vertreten wird.“

An den anwesenden Österreichischen Botschafter in Laibach, Clemen Koja, richtete Feldner die Bitte, einen Termin für die Vorsprache einer Delegation des KHD und der Deutschen Kulturvereine bei Außenminister Sebastian Kurz zu erwirken.

Entschließung der Gottscheer Landsmannschaft

Klagenfurt, 22. April 2016

Die kleine deutsch-österreichische Volksgruppe in Slowenien leidet Not und hofft seit der Wende, d.h. seit 25 Jahren, auf die Anerkennung der vollen parlamentarischen Rechte. Das österreichisch-slowenische Kulturabkommen sichert mit seinen knappen Zuschüssen nicht ihren Fortbestand, geschweige denn ihre positive Entwicklung.

Nur mit privater Hilfe und dank Unterstützung des Kärntner Heimatdienstes, können Büroräume erhalten und ein bescheidener Veranstaltungsbetrieb aufrechterhalten werden.

Gottscheer, Mießtaler und Untersteirer haben entscheidend und einvernehmlich mit ihren slowenischen Mitbürgern zur Entwicklung des Landes beigetragen. Die Katastrophe des II. Weltkrieges darf nicht jahrhundertelange Gemeinsamkeit zerstören.

Die Mitgliederversammlung appelliert an die Regierungen in Laibach/Ljubljana und Wien, dringend durch eine Novellierung des Kulturabkommens und die volle gesetzmäßige Anerkennung die Überlebenschance der Volksgruppe zu verbessern bzw. überhaupt zu garantieren. Dies im Geiste eines Vereinten Europas.

Zusammenfassung von Empfehlungen des Europarates von 2004 bis 2014

20-Punkte-Plan des Europarates

Der Verband der Kulturvereine der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien sowie die Serbisch-orthodoxe Kirchengemeinde in Marindol erstellten im September vergangenen Jahres einen 20-Punkte-Plan zur Anwendung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen auf die deutsche und serbische Sprache in Slowenien.

In einem drei Seiten umfassenden Papier werden unter konkreter Bezugnahme auf zitierte Prüfberichte des Europarates eine Reihe von Forderungen in Bezug auf die deutsche Sprache (analog auch in serbischer Sprache, die nachfolgend ausgeklammert ist) erhoben:

Aufzählung der wichtigsten Bereiche:

- An der Spitze steht die Anerkennung der autochthonen deutschen Volksgruppe und Sprache in der slowenischen Rechtsordnung (u. a. in Artikel 64 der Verfassung) sowie Anwendung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten auf die deutsche Volksgruppe.
- Dauerhafte Gewährung ausreichender Finanzmittel, um die deutsche Sprache zu schützen und zu fördern und den Betrieb der Einrichtungen der deutschen Volksgruppe langfristig sicherzustellen.
- Ermutigung zum Gebrauch der deutschen Sprache im öffentlichen Leben.
- Es sollten in Zusammenarbeit mit der deutschen Volksgruppe Bildungsmodelle für Deutsch als autochthone Minderheitensprache entwickelt und angeboten werden.
- Behandlung des autochthonen Charakters der deutschen Volksgruppe in landesweit verwendeten Schulbüchern (insbesondere Geschichtsbüchern).
- Förderung der Forschung zur deutschen Sprache (z. B. Gottscheer Mundart) an Universitäten oder in gleichwertigen Einrichtungen.
- Die allgemeine Öffentlichkeit sollte durch die Massenmedien für den autochthonen Charakter der deutschen Volksgruppe sensibilisiert werden. Dadurch könnte die derzeit zu beobachtende systematische Nichtbeachtung vor allem der deutschen Volksgruppe und ihrer Veranstaltungen in der Berichterstattung der Massenmedien beendet werden.
- Ausstrahlung einer deutschsprachigen Radiosendung und einer Fernsehsendung (z. B. in Cilli, Laibach, Marburg). Die deutsche Sprache sollte im öffentlichen Hörfunk und Fernsehen in gleichem Maße verwendet werden wie die italienische und ungarische Sprache.
- Klar gegen den Ausdruck von Intoleranz, Stigmatisierung und Missfallensbekundungen in den Massenmedien gegenüber der deutschen Volksgruppe Stellung beziehen.
- Aufbau von Kulturbeziehungen der deutschen mit den anderen Volksgruppen.
- Förderung des grenzüberschreitenden Austausches in den von der Charta behandelten Bereichen zugunsten der deutschen Sprache (insbesondere Österreich, Deutschland).



Das Siegersextett (von links): Marco Silan (Gymnasium Völkermarkt), David Walter (NMS Feldkirchen), Gerhard Regensfelder (Europagymnasium Klagenfurt), Andreas Holl (Berufsschule St. Veit/Glan), Raino Perviz (Handelsakademie Villach) und Raimund Freithofnig (Tourismus-schule Villach).

Dank Spenden seiner Förderer und eigener Rücklagen:

Heimatsdienst fördert Schulveranstaltungen

Im Rahmen seiner gemeinnützigen Arbeit fördert der Kärntner Heimatsdienst dank Spenden seiner Förderer und aus eigenen Rücklagen für Jugenddabei, somit ohne einen Euro aus Steuermitteln, seit Jahren Schulveranstaltungen und Schulprojekte in Kärnten.

Finale des Landesbewerbs Politische Bildung. Europa Quiz

Über Einladung des Landesschulrates für Kärnten und der Schulleitung des Alpen-Adria-Gymnasiums Völkermarkt fand am 5. April in der „Neuen Burg“ das Landesfinale Europa Quiz statt.

In Anwesenheit des Präsidenten des Kärntner Landesschulrates Rudolf Altersberger sowie zahlreichen Ehrengäste und vieler Schülerinnen und Schüler konnten KHD-Obmann Josef Feldner, Obmann-Stellvertreter Franz Jordan und Vorstandsmitglied Arno Manner Geld- und Buchpreise an 16 Preisträger sowie den Hauptpreis – Besuch des Europaparlaments in Straßburg – an die sechs Landessieger überreichen.

Bei diesem Finale, umrahmt von einem bunten Musikprogramm, haben die jugendlichen Teilnehmer ein erstaunliches politisches Wissen bewiesen.

Direktorin Theresia Volpe-Pühringer stellte erfreut „eine steigende Komplexität in allen Lebensbereichen“ fest.

Präsident Altersberger kündigte an, dass bereits ab dem nächsten Schuljahr die politische Bildung als „verpflichtendes Modul“ von mehreren Unterrichtsfächern übernommen werde.

Ein Grund mehr für den KHD diese landesweite Schulveranstaltung auch in Zukunft zu unterstützen.

KHD ermöglichte den Siegern eine Reise nach Straßburg

Der vom KHD gestiftete Hauptpreis, eine Reise nach Straßburg mit Besuch des Europaparlaments, wurde von den sechs Siegern aus verschiedenen Kärntner Schulen mit großer Begeisterung entgegengenommen.

Auf der 4-tägigen, vom 11. bis 14. April stattgefundenen Reise wurden die stolzen Landessieger von Obmann Josef Feldner, seinem Stellvertreter Franz Jordan, dem slowenischen Mitglied der Kärntner Konsensgruppe Marjan Sturm und Frau Prof. Gerlinde Sauerstich begleitet. Auch Landesschulratspräsident Rudolf Altersberger ließ es sich nicht nehmen, persönlich an der Bildungsreise teilzunehmen.



Die Reisegruppe im Europaparlament.

Nach eingehender Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der französischen Europastadt Straßburg, stand als Höhepunkt der Reise auf Einladung der EU-Abgeordneten Evelyn Regner sowie der engagierten Vermittlung einer Absolventin des AA-Gymnasiums, Sabrina Winter, eine exklusive Führung durch das EU-Parlament statt. Dabei konnte die Gruppe auch einer Plenarsitzung beiwohnen und „vor Ort“ ihr politisches Wissen noch erweitern.

Im Verlauf der Reise stellten Josef Feldner und Franz Jordan mit Freude das große Interesse der Jugendlichen an der Versöhnungs- und Verständigungsarbeit des KHD fest.

Keine Entwarnung Neuer Flüchtlingsstrom droht



Über die Westbalkanroute, zumeist ohne Dokumente, eingeströmte Flüchtlinge.

Die Westbalkanroute, über die im Vorjahr mehr als 1 Million Flüchtlinge, wochenlang sogar unkontrolliert, nach Europa gekommen sind, ist weitestgehend geschlossen. Aber es ist nur eine Frage von Wochen bis die neue Welle anrollt. Was für ein Chaos es diesbezüglich in der EU gibt, zeigt die Tatsache, dass es keine genauen Zahlen darüber gibt, wie viele tatsächlich im Vorjahr gekommen sind.

442.000 Menschen suchten 2015 in Deutschland um Asyl an. Dazu kommen 500.000 als unregistrierte „U-Boote“

Wie viele Flüchtlinge 2015 nach Europa gekommen sind, weiß Niemand so genau.

Laut EU-Statistik haben im vergangenen Jahr 1,2 Millionen Menschen in den verschiedenen EU-Ländern um Asyl angesucht, davon in Deutschland 442.000. Die Ansuchen haben jedoch keine Aussagekraft, zumal allein in Deutschland nach Aussage des Bundeskriminalamtes bis zu 500.000(!) Flüchtlinge unregistriert leben, viele davon aus Angst abgeschoben zu werden.

Mit den 442.000 Menschen, die in Deutschland um Asyl angesucht haben, erklärt sich die geschätzte Gesamtzahl (nochmals: es gibt keine exakten Zahlen!) dass im Vorjahr insgesamt mehr als 1 Million Menschen nach Deutschland zugewandert sind.

Dazu muss man wissen, dass sich die Flüchtlinge, darunter ein Großteil Wirtschaftsflüchtlinge, dank gewährter Freizügigkeit innerhalb der EU, ihre bevorzugten Zielländer frei aussuchen können. Und sie wählten vornehmlich Deutschland, Österreich und Schweden aus. Mehr noch: Sollte ihnen kein Asyl gewährt werden, so bleiben sie dennoch, wie die Praxis zeigt!

Das Chaos mangels lückenloser Registrierung lässt auch jegliche Form von Betrug zu. Tausende erwachsene Flüchtlinge haben sich im Vorjahr als Minderjährige ausgegeben, um sich eine höhere Grundversorgung zu erschwindeln und noch mehr Immigranten leben mit mehreren – bis zu 16(!) – Identitäten, wie kürzlich das Düsseldorfer Landeskriminalamt mitteilte. Die Schwindeleien wurden erleichtert, weil ein großer Teil der Flüchtlinge ohne jegliches Reisedokument eingereist ist.

Mit dem Aufzeigen dieser chaotischen Zustände wollen wir die Mehrheit der wirklich Schutzbedürftigen keineswegs unter Generalverdacht stellen. Den in weiten Kreisen der Bevölkerung bedauerlicherweise generell anwachsenden Unmut gegen Flüchtlinge haben jene in der EU zu verantworten, die diese katastrophalen Zustände verursacht haben.

Fast 90.000 Flüchtlinge haben Österreich als Zielland „ausgewählt“

Diese hohe Zahl hat Österreich gezwungen, für heuer eine Obergrenze von 37.500 festzusetzen, die Ende Mai bereits zur Hälfte erreicht wurde. Und das trotz geschlossener Westbalkanroute und Grenzkontrollen.

Wir stehen kurz vor einem neuen Ansturm

Ex-Außenministerin Mikl-Leitner hatte Mitte März ein-

dringlich vor einer Entwarnung gewarnt, zumal damals 700.000 Menschen ihre Hoffnung über Mazedonien in die EU zu gelangen, nicht aufgegeben hatten. Zusätzlich 400.000 Menschen befänden sich in der Warteposition um über Bulgarien als „Transitland“ in die EU zu kommen. Ihre Schlussfolgerung daraus:

„Wir müssen Österreich und Europa zu einer Festung ausbauen“ bewirkte einen Sturm der Entrüstung vor allem auf Seite der Grünen.

Auch der neue Verteidigungsminister Peter Doskozil konnte auf Basis neuer Horrormeldungen die besorgten Bürger nicht beruhigen. Anfang Juni warnte auch er vor einer neuerlichen Massenzuwanderung auf einer neuen Flüchtlingsroute über Bulgarien, Serbien und Ungarn und zum Großteil über das Mittelmeer.



Ein überfülltes seeuntaugliches Flüchtlingsschiff im Mittelmeer. Seit 2004 sind bereits 10.000(!) Menschen ertrunken.

Laut EU-Prognosen könnten bis zu 300.000 Flüchtlinge in diesem Jahr in Sizilien ankommen, die sich dann wie im Vorjahr wieder Richtung Deutschland und Österreich bewegen werden.

Doskozil appelliert an die EU ihren Einsatz gegen Schlepper vor der libyschen Küste auch auf Interventionen am Land auszuweiten und dort sichere Zonen für Flüchtlinge zu errichten.

Seitens der EU gibt es eine Unmenge von Absichtserklärungen, die jedoch nur zu einem Bruchteil umgesetzt werden. Und das, angesichts der Tatsache, dass auch rund 50 Millionen Afrikaner außerhalb der Kriegsgebiete hungern, von denen sich Millionen nach Europa in Bewegung setzen wollen.

Man kann nur hoffen, dass die am 7. Juni in einem EU-Masterplan über Migrationspartnerschaft u. a. mit afrikanischen Hungerstaaten festgelegten Maßnahmen auch zügig umgesetzt werden.

Kostenexplosion droht

Wir haben in unserer März-Ausgabe über Fälle von Verschwendung im Zusammenhang mit staatlichen Zuwendungen an Flüchtlinge sowie über horrenden Kosten bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Berliner Hotels berichtet.

Nun liegt uns ein Bericht aus dem Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL Nr. 20/2016 über die Kostenlawine vor, die Aufnahme, Integration und Ursachenbekämpfung für Flüchtlinge in Deutschland auslöst. Ein Auszug:

Kosten in Deutschland für den Bund bis 2020 fast 100 Milliarden Euro

Zur Versorgung der Flüchtlinge wird der deutsche Bundeshaushalt bis 2020 insgesamt rund 93,6 Milliarden Euro bereitstellen müssen.

Das geht aus einer Aufstellung des Bundesfinanzministeriums hervor. Die Berechnungen enthalten die Ausgaben für Unterbringung und Integration, aber auch für die Bekämpfung von Fluchtursachen in Krisenregionen.

Allein für Sozialleistungen bei anerkannten Asylbewerbern veranschlagen die Beamten von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in diesem Zeitraum 25,7 Milliarden Euro. Für Sprachkurse sind 5,7 Milliarden Euro berechnet, für Eingliederungshilfen ins Berufsleben 4,6 Milliarden.

Die jährlichen Kosten steigen von rund 16,1 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 20,4 Milliarden im Jahr 2020. Bei ihrer Schätzung unterstellen die Beamten, dass dieses Jahr 600.000 Flüchtlinge ins Land kommen, nächstes Jahr 400.000 und in den Folgejahren jeweils 300.000.

55 Prozent der anerkannten Flüchtlinge, so ihre Annahme, würden nach fünf Jahren einer Arbeit nachgehen.

Das ist noch nicht alles. Die Länder beziffern die auf sie entfallenden Kosten bis 2020 auf 30 Milliarden jährlich. Diesbezüglich gibt es allerdings Auffassungsunterschiede zum Bund.

Überträgt man das analog auf das nur etwa ein Zehntel der Einwohner Deutschlands umfassende Österreich, werden die Kosten für Flüchtling unserem Staat und somit dem Steuerzahler rund 10 Milliarden Euro kosten.

Scheunentorpolitik führt in die Katastrophe

Vorwiegend linke Gruppierungen, Grüne, manche Hilfsorganisationen, aber auch gewisse kirchliche Kreise, sprechen sich gegen jegliche Zugangsbeschränkung für Kriegsflüchtlinge und auch für Wirtschaftsflüchtlinge aus. Aus falsch verstandener Humanität.

Ansturm gegen Zugangsbeschränkungen. Aufruf zur gewaltsamen Grenzüberwindung

Als sich Österreichs Koalitionsregierung am 19. Februar dieses Jahres mit dem Einziehen einer Obergrenze auf Zugangsbeschränkungen einigte und mit Grenzkontrollen und Zäunen von der Willkommenspolitik abrückte, setzte – wie wir in unserer März-Ausgabe berichteten – ein Kesseltreiben in Brüssel und Berlin gegen Österreich ein.

Auch in Österreich reagierte die oben angeführte Will-

kommensallianz geradezu hysterisch. Bei einer „Alle-Flüchtlinge-Willkommen-Demo“ in Wien skandierte die aufgebrachte Menge „FPÖ raus, Flüchtlinge rein“. An anderer Stelle warf ein Spitzenfunktionär von Amnesty International der Regierung vor, Menschenrechte zu verletzen, Gesetze auszuhöheln und Völkerrecht zu brechen. Sie handle „erbärmlich, lächerlich und unerträglich“.

Aktivisten von Hilfsorganisationen, denen bei Erfüllung ihrer caritativen Aufgaben größter Respekt gebührt, organisierten in Idomeni an der gesperrten Grenze zu Mazedonien einen Massenansturm zur gewaltsamen Überwindung der Grenze und verschuldeten dabei den Tod von drei Flüchtlingen.

In Wirklichkeit handeln diese „Menschenrechtsaktivisten“ in höchstem Maße inhuman

Sie gaukeln den Hilfe Suchenden und auch den auf ein besseres Leben hoffenden Wirtschaftsflüchtlingen eine glückliche Zukunft in Europa vor, sie wecken verantwortungslos falsche Hoffnungen, die bei einem Massenzug in ein fremdes Land nie erfüllt werden können.

Wer weit offene Grenzen – so offen wie ein Scheunentor – für alle, die nach Europa kommen wollen – und seien es Millionen – fordert, schafft bei steigender Not der getäuschten



„FPÖ raus. Flüchtlinge rein“ Transparente bei Demo im vergangenen Oktober in Wien.

Menschen eine humanitäre Katastrophe und bringt auch die heimische Bevölkerung bei steigender Arbeitslosigkeit und aufbrechenden Sozialkonflikten in eine rasant wachsende Notsituation.

Diese selbsternannten Menschenrechtsaktivisten sollten lieber für Milliardenhilfe einer Weltgemeinschaft an von Krieg und Hunger bedrohten Völkern vor Ort kämpfen, statt einem Millionenheer von Notleidenden in Afrika Wege nach Europa zu bahnen und zuzulassen, dass skrupellose Schlepper Tausende auf untauglichen Booten übers Mittelmeer in den Tod schicken. Sie sind es, die letztlich für den nassen Tod von inzwischen 10.000 Menschen mitverantwortlich sind!

Wir müssen endlich den Mut haben diese falschen Menschenrechtsaktivisten mit dem Stempel der Inhumanität zu brandmarken.



Einige von Tausenden. Frustrierte Flüchtlinge in einer Massenunterkunft in Deutschland. Proteste häufen sich.

Der klare Position des Kärntner Heimatdienstes:

Statt Massenzuwanderung, Direkthilfe in den Kriegs- und Hungergebieten

Die in Wirklichkeit in eine humanitäre Katastrophe führende Massenzuwanderung von weiteren Millionen von Menschen in die EU muss gestoppt werden.

Stattdessen muss mit bisher noch nie da gewesenem finanziellen und militärischem Einsatz einer Weltgemeinschaft den Menschen direkt in den Kriegsregionen und in den großflächigen Hungergebieten in Afrika geholfen werden.



Flüchtlinge in einem jordanischen Massenlager.

Oberste Priorität für und Solidarität bei Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort sowie beim Schutz der EU-Außengrenzen

Dem Krieg in Syrien und im Irak muss ein rasches Ende bereitet werden. Die bis heute nicht beendeten Aversionen zwischen NATO und Russland müssen im massiven gemeinsamen Kampf gegen das Terrorregime „Islamischer Staat“ ein Ende finden. Ebenso müssen sich Sunniten und Schiiten als Kampf- und Zweckgemeinschaft mit allen anderen friedliebenden Staaten der UN-Weltgemeinschaft diesem Kampf anschließen.

Zum Schutz der EU-Außengrenzen ist die uneingeschränkte Solidarität und Übereinstimmung aller 28 EU-Staaten zur Notwendigkeit des Einsatzes mit ausreichender Finanzierung aller zum wirksamen Grenzschutz angemessenen Machtmittel einzufordern.



Kampf gegen den „Islamischen Staat“ in Aleppo.

Damit könnte die EU endlich einmal auch Einigkeit in einem elementar wichtigen Bereich demonstrieren.

Direkthilfe einer Weltgemeinschaft vor Ort mit neuem „Marshallplan“

Wenn Deutschland bei anhaltendem Massenzug mit 100 Milliarden Kosten bis 2020 rechnet – das gilt adäquat auch für Österreich – dann wären diese Milliardenbeträge nach Stopp des Massenzugs effizienter für Hilfe suchende und hungernde Menschen vor Ort eingesetzt.

Ein vor Monaten vom deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble geforderter „neuer Marshallplan“ zur „Bewältigung der Flüchtlingskrise und zum Wiederaufbau der Krisenländer im Nahen Osten“ wurde von der EU bis heute nicht aufgegriffen. Ebenso wenig gibt es konkrete Pläne zur Bekämpfung des Hungers in den afrikanischen Trockenregionen.

Hier gilt es immer und immer wieder nachzustoßen und Milliardenhilfe vor allem auch von den USA, den reichen Golfstaaten und Saudi-Arabien und schließlich auch den anderen Staaten der UN-Weltgemeinschaft einzufordern.

Der Kurz-Plan sollte ernstlich diskutiert werden

Die von Außenminister Sebastian Kurz Anfang Juni in ei-

Fortsetzung umseitig

nem PRESSE-Interview gemachten Vorschläge zu einem endlich wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms ist vielfach auf Widerstand und Kritik gestoßen.

Kurz nennt konkret:

- Schaffung eines schlagkräftigen Schutzes der EU-Außengrenzen.
- Rettung aus Seenot darf kein Ticket nach Europa sein.
- Noch viel mehr Hilfe vor Ort.
- Hilfe auch für die Schwächsten bei verkräftbarer legaler Aufnahme aus Konfliktgebieten.
- Obergrenzen bleiben aufrecht zum Schutz vor Überforderung. Gleichzeitig Arbeit an einer europäischen Lösung.

Kurz tritt für enge Kooperationen mit Drittstaaten ein, um schon in den Mittelmeeranrainerstaaten das Ablegen von Schlepperbooten zu unterbinden. Aufgegriffene Illegale sollten nicht auf das europäische Festland geschickt werden.

Außenminister Kurz orientiert sich bei seinen Vorschlägen am „australischen Modell“. Demnach darf kein Flüchtlings-



Zivilisten zwischen den Fronten. Immer mehr Kinder als Opfer.

boot mehr in Australien anlegen. Abgefangene Boote werden in Auffangzentren nach Papua-Neuguinea und Nauru zurückgeschleppt.

Der Plan stimmt in vielen Bereichen mit den Positionen des KHD überein und sollte jedenfalls ernsthaft und zügig EU-weit diskutiert werden.

Die weiteren Positionen des KHD

Die nachfolgenden Positionen wurden, wie die oben ausgeführten, am 19. Februar vom KHD-Vorstand einstimmig beschlossen und der Bundesregierung als Forderungsprogramm vorgelegt. Wir haben diese in unserer März-Ausgabe veröffentlicht. Im Interesse eines abgerundeten Bildes über alle KHD-Grundprinzipien zur Flüchtlingsproblematik sollen unsere Positionen hier nochmals in Kurzfassung wiederholt werden:

- Den neuen Flüchtlingen mit Asylstatus sind strenge Pflichten aufzuerlegen. Grundwerte sind nicht verhandelbar.

Wirtschaftsflüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern sind konsequent abzuschieben.

- Asylberechtigte aus den Kriegsgebieten sind verstärkt und gezielt auf eine Rückkehr nach Kriegsende in ihre Heimat vorzubereiten. Milliardenbeträge für Flüchtlinge in Europa könnten umgeleitet werden und den Menschen in Syrien zu Gute kommen.
- Die Eindämmung des Flüchtlingsstroms heißt nicht totale Grenzschließung und darf kein Ende der Reisefreiheit innerhalb der EU bewirken.
- Der Kärntner Heimatdienst ist gegen Fremdenfeindlichkeit, Pauschalverurteilung und Generalverdacht. JA zu interkulturellem Dialog mit Muslimen.

Bitte um Ihren FREIWILLIGEN BEITRAG

zur Abdeckung der hohen Kosten zur Finanzierung unserer gemeinnützigen Arbeit.

Wir finanzieren weitgehend aus eigenen Mitteln Projekte förderungswürdiger Gruppierungen in Kärnten sowie der deutschen Volksgruppe in Slowenien, aber auch in anderen Gebieten der ehemaligen Donaumonarchie.

DANK IHRER HILFE können wir auch heuer wieder wieder als NOTHELPER ganz wesentlich zum Überleben der deutschen Kulturvereine in Slowenien, aber auch zur Unterstützung vieler förderungswürdiger Projekte, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit in Kärnten beitragen.

Mit Ihrem Beitrag zeigen Sie Solidarität mit unserer dem Gemeinwohl dienenden Arbeit.

VIELEN DANK!

LAND KÄRNTEN
Volksklub

Die nächste Nummer unserer Zeitung DER KÄRNTNER wird im August erscheinen und thematisch wie gewohnt wieder weit über unseren ursprünglichen Aufgabenbereich hinausgehen und sich mit vielen nationalen und internationalen Problemen befassen.